

► Sektor-Kurzdossier der IAO

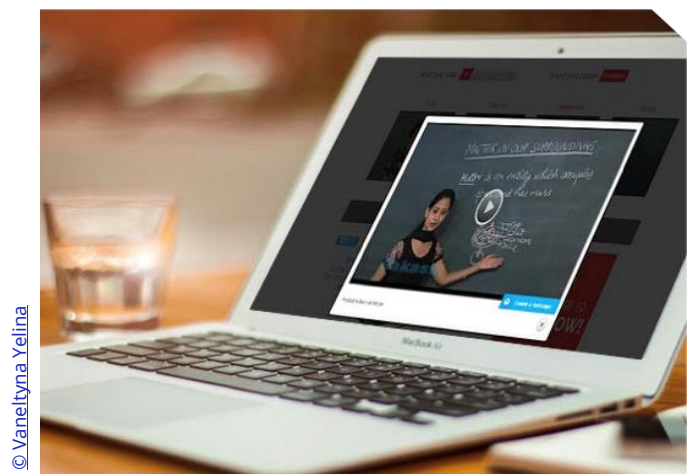
Datum: Juni 2020

COVID-19 und der Bildungssektor

Seit dem 13. April 2020 sind weltweit in den meisten Ländern die Schulen und Hochschulen geschlossen worden, um die Verbreitung der neuen Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) einzudämmen. Landesweite Schließungen wurden in 192 Staaten verfügt, wodurch der Präsenzunterricht für fast 1,58 Milliarden Lernende (91,4 Prozent aller eingeschriebenen Lernenden) unterbrochen wurde und man sich in fast allen Bildungssystemen veranlasst sah, auf Fernunterrichtslösungen zurückzugreifen.¹ Die Schließungen wirkten sich auch auf die Arbeit von über 63 Millionen Primar- und Sekundarschullehrkräften sowie zahllosen Bildungsbeschäftigten mit unterstützenden Aufgaben aus. Betroffen sind zudem Personal in der frühkindlichen Erziehung und Bildung sowie Lehrkräfte und Ausbilder in der beruflichen Bildung und Hochschullehrkräfte.

Obwohl es im Zuge bewaffneter Konflikte oder in verarmten und ländlichen Regionen zu Schulschließungen kommen kann, sind die weltweiten disruptiven Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungswesen beispiellos, was ihre Reichweite, ihre Folgen für die Beschäftigung und die tiefgreifenden Veränderungen, die sie mit sich bringt, betrifft. Der Ausnahmecharakter der aktuellen Situation zeigt sich auch darin, mit welcher bemerkenswerter Geschwindigkeit man sich Technologien sowie Fernunterricht und virtuelles Lernen zunutze gemacht hat, um die Auswirkungen der Schulschließungen abzumildern, sowie in der Eignung virtueller Strategien, Herausforderungen im Bildungsbereich zu bewältigen.

Lehrkräfte und Schulen haben in kreativer Weise eine Reihe von technologiegestützten Strategien als Alternativen zum traditionellen Präsenzunterricht entwickelt,



© Yanellyna Yelina

Fernunterricht

indem sie Unterricht mittels Videokonferenzen und Online-Lernplattformen anbieten und Lernmaterial und Arbeitsblätter über schulinterne Netzwerke und Messaging-Plattformen bereitstellen. In einigen Ländern werden Unterrichtsstunden samt Lernmaterial über Rundfunkprogramme und das staatliche Fernsehen gesendet, und dies insbesondere in Regionen mit unzureichenden Ressourcen, in denen es häufig an der technologischen Infrastruktur fehlt.

Obwohl innovative und schnelle Lösungen für den Umgang mit dieser Ausnahmesituation entwickelt wurden, sind manche Schulen und Regionen unbestritten besser positioniert als andere, wenn es darum geht, Ressourcen, die technologische Infrastruktur und den Bildungstechnologiemarkt zu nutzen, um wirksamer und umfassender auf die Krise zu reagieren. Durch die Konzentration auf das virtuelle Lernen können sich vorhandene Ungleichheiten im Bildungswesen verschärfen, und dies insbesondere in

¹ UNESCO: [COVID-19 educational disruption and response](#), 13. April 2020.

Entwicklungsländern, in marginalisierten Bevölkerungsgruppen und in ländlichen Räumen, die unter Umständen nur eingeschränkt Technologien und stabile Internetverbindungen zur Verfügung haben. Sogar innerhalb einzelner Schulen können Benachteiligungen, die sich für Personen mit Behinderungen oder einem zu geringen Familieneinkommen ergeben, den Zugang zu Fernunterricht erschweren. Überdies können Schulen und Lehrkräfte beim Fernunterricht ihre wichtige Rolle bei der Sozialisierung der Lernenden nicht wahrnehmen und auch keine sozialen Dienstleistungen, wie beispielsweise Schulspeisungsprogramme, anbieten.²

Erkenntnisse aus IAO-Projekten zur Beseitigung der Kinderarbeit deuten darauf hin, dass Schulkinder, die bereits arbeiten mussten oder dem Risiko von Kinderarbeit ausgesetzt sind, mit geringerer Wahrscheinlichkeit am Fernunterricht teilnehmen. In solchen benachteiligten Gruppen ist die Qualität des Fernunterrichts, der hier in der Regel nur mit einfachsten technischen Mitteln oder ganz ohne Technik vermittelt wird, oftmals unzureichend. Es besteht eindeutig die Gefahr, dass es in den Schulsystemen während der Pandemie und in der Folgezeit hohe Abbrecherquoten geben und die Kinderarbeit zunehmen wird.

Die erfolgreiche Umsetzung von virtuellem und Fernunterricht hing schon vor der COVID-19-Krise von einer

entsprechenden Schulung der Lehrkräfte ab sowie davon, dass Lernende über die notwendige technische Ausstattung verfügen; zudem wurden solche Vorhaben in der Regel nicht in Krisensituationen durchgeführt. Unter den Gegebenheiten der COVID-19-Pandemie, in der rasches Handeln geboten war, lag der Schwerpunkt vor allem auf der Bereitstellung des Zugangs zu Technologien. Nun gilt es, stärker in den Blick zu nehmen, wie Technologien und Lernen wirksam integriert werden können, wobei die zentrale Rolle der Lehrkräfte in diesem Zusammenhang und die Kompetenzen, die Schüler, Auszubildende und Studierende für selbstgesteuertes Lernen benötigen, zu berücksichtigen sind.

Damit während der Krise weiterhin hochwertiges Lernen in dieser neuen Form möglich ist, müssen Lehrkräfte Zugang zu angemessen ausgestatteten und sicheren Unterrichtsumgebungen sowie menschenwürdigen Arbeitsbedingungen haben. Erste Erfahrungen dazu, wie Lehrkräfte mit den Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 zurechtkommen, betreffen ihre berufliche Unterstützung und Weiterbildung, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie ihre Beteiligung an der Entwicklung entsprechender pädagogischer Angebote.

► 1. Die Auswirkungen von COVID-19

Berufliche Unterstützung und Weiterbildung

Der plötzliche Ausbruch der Krise hat viele Lehrkräfte in „virtuelle Klassenzimmer“ gezwungen, ohne dass sie auf die Anforderungen und Erwartungen dieser neuen Realität vorbereitet gewesen wären. Infolge des raschen Wechsels zur Fernarbeit blieb ihnen keine ausreichende Vorbereitungszeit, um zu lernen und sich auf die Modalitäten des virtuellen und Fernunterrichts einzustellen, damit sie mit virtuellen Arbeitsumgebungen umgehen, virtuellen Unterricht erteilen sowie Schüler, Auszubildende und Studierende für neue und innovative Formen des Lernens interessieren können. Für manche Lehrkräfte werden

diese Herausforderungen noch dadurch verschärft, dass sie selbst Betreuungsaufgaben wahrnehmen müssen und keinen Zugang zu Technologie und Infrastruktur haben; viele weitere haben zudem Ausgaben für Material und technische Ausstattung. So sind beispielsweise die Schulen in Québec verpflichtet, Computer für Lehrkräfte anzuschaffen, die keine eigenen Geräte zuhause haben; über die Erstattung anderer Kosten, wie für Internet- und Telefonanschlüsse, entscheiden jedoch die lokalen Schulbehörden.³

Gleichwohl haben einige Schulen, tertiäre Bildungseinrichtungen und Bildungsministerien ad hoc Schnellkurse für die Bereitstellung von Online-Content, die Erteilung virtuellen Unterrichts und die Nutzung von Technologien

2 WFP: [Global Monitoring of School Meals during COVID-19 School Closures](#), 14. April 2020.

3 [Alliance des professeures et professeurs de Montréal](#).

durchgeführt; außerdem haben sie den Transfer von Unterrichts- und Lernmaterial auf Onlineplattformen erleichtert. Als Reaktion auf die andauernde Pandemie haben das Bildungsministerium der Vereinigten Arabischen Emirate und die Hamdan Bin Mohammed Smart University eine Online-Schulung für über 42.000 Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen bereitgestellt, die Kenntnisse über die Erteilung von Online-Unterricht und den Einsatz von Technologien vermitteln. Die Schulung soll innerhalb von 24 Stunden alles notwendige Wissen abhandeln, und bisher wurden bereits 22.000 Zertifikate ausgestellt.⁴ Aber auch wenn solche Maßnahmen den ersten, unmittelbaren Bedarf decken können, muss die Weiterbildung beruflichen Standards entsprechen, darf sich nicht negativ auf die Qualität der Bildung auswirken und muss so durchdacht sein, dass sie langfristig den virtuellen Unterricht ergänzt.

Arbeitsschutz

Obwohl soziale Kontakte überall auf der Welt eingeschränkt sind, haben einige nationale und regionale Regierungen nach wie vor keine Schulschließungen angekündigt. Dies wirft die Frage auf, wann Lehrkräfte das Recht haben, die Arbeit mit der Begründung zu verweigern, dass berechtigter Anlass zur Sorge um ihre eigene Sicherheit besteht. So bleiben beispielsweise in einigen Bundesstaaten Australiens die Schulen geöffnet, damit an vorderster Front tätige Mitarbeiter im Gesundheitswesen und Nothelfer nicht durch Kinderbetreuungspflichten daran gehindert werden, zur Arbeit zu erscheinen. Lehrkräfte fordern dagegen, dass neben allen anderen nicht systemrelevanten Dienstleistungsbereichen auch die Schulen ihren Betrieb einstellen, und zwar nicht um ihrer persönlichen Sicherheit und Gesundheit willen, sondern auch, um ihre Schüler und die breite Öffentlichkeit zu schützen; viele Lehrkräfte berichten dabei von schlechter Moral und Stress, weil sie weiterhin Präsenzunterricht erteilen müssen.⁵ Auch in anderen Ländern wurden vergleichbare Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass Eltern, die kritische Dienstleistungen erbringen, wei-

ter arbeiten gehen können: In Belgien bleiben die Kindergärten für Kinder geöffnet, deren Eltern in kritischen Sektoren arbeiten.⁶ Gleichwohl sollten Lehrkräfte auch in Situationen, in denen ihre Tätigkeit als systemrelevant gilt, bezüglich der potenziellen Sicherheits- und Gesundheitsrisiken ihrer Arbeit konsultiert und in die Konzeption geeigneter Strategien für sichere und gesunde Arbeitsplätze einbezogen werden; dies schließt auch den Zugang zu Desinfektionsmitteln und Schulungen für Vorbeugungsmaßnahmen ein. Lehrkräfte aus einigen Verwaltungsbezirken in den Vereinigten Staaten von Amerika berichten, dass sie den Kauf von Reinigungsmitteln für ihre Klassenzimmer aus eigener Tasche finanzieren mussten.⁷

Die sozial-emotionalen und psychischen Gesundheitsfolgen von COVID-19 und die Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf Lehrkräfte, Eltern und Schüler – einschließlich Angst, Stress und einem Gefühl der Unsicherheit – wurden bisher noch nicht breit diskutiert; sie sind jedoch für die Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit ebenso wichtig wie Schutzausrüstung und physische Distanzierung und müssen daher bei der Entwicklung von Arbeitsschutzstrategien berücksichtigt werden.⁸ Diese psychischen Folgen werden sich voraussichtlich noch verstärken, da sich einige Länder auf die Wiedereröffnung der Schulen vorbereiten und Lehrkräfte und sonstige Bildungsbeschäftigte sich mit der Ansteckungsgefahr und Fragen bezüglich der Diskriminierung von Personen auseinandersetzen müssen, die als Infektionsrisiko wahrgenommen werden.⁹

Von der zusätzlichen Belastung durch Betreuungsaufgaben, die für Familien aufgrund von COVID-19 entstehen, sind weibliche Arbeitnehmer meist unverhältnismäßig stark betroffen, was durch eine geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung bei der Haushalts- und Familienarbeit bedingt ist. In vielen Ländern ist die Lehrtätigkeit insbesondere in der frühkindlichen Erziehung und Bildung und im Primarbereich ein überwiegend von Frauen ausgeübter Beruf, sodass diese zusätzliche Belastung hier meist besonders hoch ist.

4 „[Ministry says 22,000 teachers now qualified to give e-training courses](#)“, in *Arabian Business*, 16. März 2020.

5 „[Coronavirus Australia: Teachers 'afraid and angry' over decision to leave schools open](#)“, in *7 News*, 22. März 2020; „[Stress and anxiety high among teachers as schools remain open despite coronavirus pandemic](#)“, in *7 News*, 20. März 2020.

6 „[Belgian kindergartens only open to babies whose parents work in a 'critical' sector](#)“, in *Brussels Times*, 22. März 2020.

7 „[Teachers pay out-of-pocket to keep their classrooms clean of COVID-19](#)“, in *Economic Policy Institute*, 12. März 2020.

8 IAO: [Care work and care jobs for the future of decent work](#), Genf: IAO, 2018, S. 171.

9 NASUWT: [Coronavirus \(COVID-19\) - Dealing With Harassment And Abuse](#).

Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen

In den meisten Schulsystemen werden die Gehälter von Lehrkräften in regulären Beschäftigungsverhältnissen im Zuge des Wechsels zum Fernunterricht weitergezahlt. Die Umstellung auf Online- und Fernunterricht und die gleichzeitigen Schulschließungen geben jedoch verstärkten Anlass zur Sorge um die Arbeitsplatzsicherheit bei solchen Bildungsbeschäftigten, die häufig befristete Arbeitsverträge haben, wie unter anderem Personal in der frühkindlichen Bildung und Erziehung, Aushilfs-, Vertretungs- und auf Vertragsbasis beschäftigte Lehrkräfte sowie Assistenzkräfte. In vielen Ländern arbeiten Bildungsbeschäftigte mit unterstützenden Aufgaben gelegentlich, in Teilzeit oder auf Vertragsbasis und werden oftmals nicht gewerkschaftlich vertreten. Aufgrund der Schulschließungen haben viele Aushilfs- und Vertretungslehrkräfte ihre Beschäftigung, ihr Einkommen oder ihre soziale Absicherung verloren.

In der Hochschulbildung wurden auf Vertragsbasis beschäftigte Dozenten und Beschäftigte mit unterstützenden Aufgaben wie Reinigungskräfte und Küchenpersonal im Zuge der Schließung der Universitätsgelände entlassen, und ausländische Studierende sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt und haben sich teils exmatrikuliert.¹⁰

Beispielsweise haben im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland manche Schulen aufgrund der von der Regierung verfügten Schulschließungen die Arbeitsverträge mit Aushilfs- und Vertretungslehrkräften gekündigt und zudem die Gehaltszahlungen eingestellt.¹¹ Die Lehrgewerkschaft (NASUWT) berichtet überdies, dass befristete Arbeitsverträge vorzeitig gekündigt und die Gehaltszahlungen eingestellt, Stellenangebote zurückgezogen und Lehrkräften, die sich in Selbstisolation befinden, Gehaltskürzungen angedroht werden. Die Gewerk-

schaft weist zudem darauf hin, dass Lehrkräfte mit Vorerkrankungen gemäß den Vorgaben der Regierung angewiesen werden, sich am Arbeitsplatz einzufinden, und dass Lehrerinnen im Mutterschaftsurlaub aufgefordert werden, ihren Urlaub vorzeitig zu beenden, während die Verträge von Lehrerinnen, die bezahlten Mutterschutz vorsehen, gekündigt werden.¹²

Über ähnliche Entwicklungen wird auch aus den Vereinigten Staaten berichtet, wo Vertretungslehrkräfte in einigen Bundesstaaten während der Schulschließungen kein Gehalt beziehen und ihre Sozialleistungen zu verlieren drohen.¹³ Die Krise hat die prekäre Situation von Beschäftigten offenbart, die befristete Arbeitsverträge haben, nicht gewerkschaftlich organisiert sind und auch nicht auf eine andere kollektive Interessenvertretung bauen können. Aushilfs- und Vertretungslehrkräfte sowie andere Bildungsbeschäftigte mit unterstützenden Aufgaben könnten in vorläufige Unterrichtsstrategien, die infolge der Pandemie konzipiert wurden, eingebunden werden, und sollten nicht mit dem Verlust ihres Einkommens und von Sozialleistungen rechnen müssen.

Arbeitsplatzverluste werden auch aus Kenia gemeldet, wo Lehrkräfte, die für bestimmte Privatschulen mit niedrigen Gebühren tätig sind, während der Schulschließungen ohne Gehalt vorübergehend entlassen werden. Während der Zwangsfreistellung erhalten sie lediglich 10 Prozent ihres Gehalts und bleiben krankenversichert.¹⁴ Lehrkräfte an Privatschulen in Pakistan äußerten sich ähnlich besorgt über Arbeitsplatz- und Einkommensverluste, da die Regierung des Bundesstaates Punjab kürzlich forderte, dass Privatschulen die monatlichen Gebühren freiwillig um 20 Prozent senken sollen, um die Arbeitsplätze von Lehrkräften zu sichern.¹⁵

Sozialer Dialog

Im Allgemeinen stellen sich die Lehrkräfte und ihre Verbände rasch auf die Pandemiemaßnahmen ein und unter-

10 „As Coronavirus Drives Students From Campuses, What Happens to the Workers Who Feed Them?“, in *Chronicle of Higher Education*, 13. März 2020; „Hundreds of university staff to be made redundant due to coronavirus“, in *Guardian*, 2. April 2020; „Australian universities suffer job losses over coronavirus concerns“, in *Independent Australia*, 14. März 2020.

11 „Coronavirus in the UK: 'Distraught' supply teachers on long-term contracts fearing for their homes after being laid off by schools“, in *iNews*, 26. März 2020.

12 NASUWT: „Coronavirus: Teachers' rights 'being trampled over'“, in *TES*, 30. März 2020; „Callous decisions made at a time of national crisis“, 30. März 2020.

13 „Substitute teachers facing financial hardship, loss of benefits in coronavirus shutdown“, in *News Tribute*, 19. März 2020.

14 „Bridge schools send teachers home amid coronavirus crisis“, in *Daily Nation*, 27. März 2020.

15 „Punjab govt directs private schools to give 20pc fee concession“, in *Pakistan Today*, 7. April 2020.

stützen die Anstrengungen der Regierungen zur Durchführung von Fernunterricht. Da die Regierungen und Bildungseinrichtungen schnell reagieren müssen, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen, werden Lehrkräfte und ihre Vertreter nicht immer umfassend in die Formulierung der einschlägigen Strategien einbezogen oder dazu konsultiert. Ihr Beitrag ist jedoch von entscheidender Bedeutung, um eine qualitativ hochwertige Bildung zu gewährleisten und die Integrität des Berufsstands aufrechtzuerhalten. Wenn geltende Kollektivvereinbarungen ausgesetzt oder missachtet werden, könnten diese Grundsätze ausgehebelt werden. In Québec (Kanada) wurden beispielsweise Kollektivvereinbarungen mit Lehrkräften und sonstigen Bildungsbeschäftigten ausgesetzt, damit Aufgaben, Zeitpläne und Arbeitsplätze an die außergewöhnlichen Umstände angepasst werden konnten. Die Lehrgewerkschaft wurde im Vorfeld nicht konsultiert.¹⁶

In anderen Ländern wurde im Umgang mit den Lehrerverbänden ein eher vorausschauender Ansatz gewählt. So setzte das Bildungsministerium in Argentinien eine Kommission mit sechs Vertretern von Lehrerverbänden ein, um die Modalitäten des Fernunterrichts zu planen.¹⁷ In Los Angeles (Vereinigte Staaten) traf die Lehrgewerkschaft United Teachers Los Angeles mit der lokalen Schulbehörde Los Angeles Unified Schools District eine Vereinbarung, die regelte, unter welchen Bedingungen Lehrkräfte während der Pandemie Online-Unterricht erteilen können; diese sieht unter anderem flexible individuelle Arbeitszeiten, Unterrichtsgestaltung nach eigenem Ermessen sowie die Fortzahlung der Gehälter und Sozialleistungen während der Zeit der Schulschließungen vor. Die Vereinbarung könnte als Modell für weitere Schulbezirke dienen, die derzeit mit den Gewerkschaften verhandeln.¹⁸ In Finnland unterstützt die Gewerkschaft für das Bildungswesen (OAJ – Opetusalan Ammattijärjestö – Trade Union of Education in Finland) die Notfallmaßnahmen im Bildungswesen, nachdem sie hierzu konsultiert wurde.¹⁹

¹⁶ COVID-19: „Quebec teachers in shock after government suspends collective agreements“, in *CTV News*, 19. März 2020.

¹⁷ Regierung von Argentinien: „Coronavirus: Trotta encabezó una comisión de trabajo con gremios docentes“.

¹⁸ „LA Unified, teachers' union reach agreement over distance learning guidelines“, in *EdSource*, 9. April 2020.

¹⁹ Trade Union of Education in Finland (OAJ): [Schools and educational institutions switching to distance learning – salaries will be paid as normal](#), 17. März 2020.

► 2. Maßnahmen der Mitgliedsgruppen und Partner

Während Schulschließungen und die Einrichtung von Fernunterrichtsprogrammen in fast allen Ländern die Regel sind, fielen die bildungspolitischen Maßnahmen zur entsprechenden Unterstützung der Lehrkräfte recht unterschiedlich aus. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) haben fast alle Regierungen die Bildungsausgaben erhöht. Dabei wurde ein Großteil dieser Gelder für die Bereitstellung von Technologien für Online- und Fernunterricht genutzt, während es kaum Hinweise darauf gibt, dass solche Mittel zur Sicherung der Gehaltszahlungen an Lehrkräfte oder für Schulungen zur Anwendung der Online-Technologien aufgewendet wurden.²⁰

Die Aufgabe, Unterrichtsmaterial innerhalb sehr kurzer Zeit in digitale Formate zu übertragen, stellte eine Herausforderung dar, denn nur wenige Lehrkräfte verfügen über umfassende digitale bzw. grundlegende Kompetenzen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). In vielen Ländern Südwestasiens und im subsaharischen Afrika verfügen nur etwa 20 Prozent der Haushalte über einen Internet-Anschluss und wenige haben einen Personal Computer. In Peru haben lediglich 35 Prozent der Lehrkräfte Zugang zu einem Computer mit Internetanschluss. Die peruanische Regierung nutzt daher Fernseh- und Radiosender, um die Schüler mit Unterricht und Lerninhalten zu versorgen; außerdem setzt sie auf Onlineplattformen wie *Aprendo en casa* (Ich lerne zuhause). In Kamerun haben schätzungsweise nur 20 bis 25 Prozent der Lehrkräfte einen Internetzugang, und den meisten Lehrern fehlt es an IKT-Kompetenzen. Daher wurde eine nationale Arbeitsgruppe eingesetzt, um eine geschützte Lernumgebung (Protective Learning Routine) einzurichten, die es Lehrkräften und Lernenden ermöglicht, den Unterricht über bereits vertraute Plattformen, wie Radio und Fernsehen, abzuhalten bzw. daran teilzunehmen. In Uganda wurden Lehrerbildungseinrichtungen beauftragt, Fortbildungsseminare für Lehrkräfte ohne IKT-Kompetenzen abzuhalten.²¹

Die Gehälter betreffend wird berichtet, dass in Ländern wie Pakistan und Somalia, wo es viele Privatschulen gibt, Lehrkräfte von diesen aufgrund fehlender Nachfrage entlassen wurden; dagegen bemühten sich die dortigen Regierungen, die Gehälter von Lehrkräften an staatlichen Schulen weiter zu zahlen. Auf den Philippinen war die Regierung bestrebt, die Lehrergehälter für März und April früh auszuzahlen, und die Leistungsbeurteilungen wurden aufgrund des Ausnahmezustands ausgesetzt. Lehrkräfte und sonstige Bildungsbeschäftigte, die noch in den Schulen anwesend sind, sollten eine Gefahren- und eine Kleidungszulage erhalten. Es ist allerdings unklar, ob diese Maßnahmen tatsächlich umgesetzt wurden, denn die Gewerkschaften äußerten sich besorgt über die finanzielle Situation der Lehrkräfte in der Krise.²² In Uganda meldete das Ministerium für Bildung und Sport, dass die Gehälter von Lehrkräften pünktlich gezahlt werden, damit diese sich mit dem Lebensnotwendigen bevorraten und auf ihre Aufgaben konzentrieren können.²³

Auf internationaler Ebene hat die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur) gemeinsam mit internationalen Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und dem privaten Sektor eine globale Bildungscoalition zur Unterstützung von COVID-19-Maßnahmen im Bildungssektor ins Leben gerufen, der sich die IAO angeschlossen hat. Die UNESCO-Teacher Task Force (International Task Force on Teachers for Education 2030) – auch hier ist die IAO Mitglied – hat einen Aufruf zum Handeln gestartet, der sich an Regierungen, staatliche und private Bildungseinrichtungen und Geldgeber sowie alle einschlägigen Partner richtet, und folgende Maßnahmen fordert: Erhalt von Beschäftigung und Lohnzahlung; Priorisierung von Gesundheit, Sicherheit und Wohlergehen von Lehrkräften und Lernenden; Beteiligung von Lehrkräften an der Entwicklung von Bildungsstrategien als Reaktion auf die Pandemie; Bereitstellung adäquater beruflicher Unterstützung und Weiterbil-

20 Internationaler Währungsfonds: [Policy responses to COVID-19](#).

21 UNESCO: COVID-19 Webinar: [A new world for teachers, education's frontline workers](#), 27. März 2020.

22 „DepEd urged to provide COVID-19-related assistance to public, private education workers“, in *Manila Bulletin*, 4. April 2020.

23 UNESCO: COVID-19 Webinar: [A new world for teachers, education's frontline workers](#), 27. März 2020.

Rückkehr zum Präsenzunterricht zu vereinbaren.³³ IAO und UNESCO haben gemeinsam mit der UNESCO-Teacher Task Force Leitlinien herausgegeben, um nationale Behörden bei ihren Bemühungen zur Wiedereröffnung der Schulen zu unterstützen; diese Leitlinien

beziehen sich auf den sozialen Dialog, die Sicherheit und Gesundheit von Beschäftigten in Schulen, psychische Gesundheit, die Vorbereitung von Lehrkräften und Unterricht, Rechte und Arbeitsbedingungen, die Finanzierung der Bildung sowie die Überwachung und Evaluierung.³⁴

³³ Education International (2020). [Education International Guidance on Reopening Schools and Education Institutions](#), 30. April.

³⁴ TTF (2020). [Guidelines to support national authorities in their back-to-school efforts](#), 18. Mai.

► 3. Instrumente und Maßnahmen der IAO

Die [Empfehlung der IAO und der UNESCO über die Stellung der Lehrer/innen \(1966\)](#) und die [Empfehlung der UNESCO über die Stellung der Hochschullehrer/innen \(1997\)](#) enthalten neben Grundsätzen für die Rechte und Pflichten von Lehrkräften auch Leitlinien zum Dialog zwischen Lehrkräften und Bildungsbehörden. Die Leitlinien der IAO zur Förderung von menschenwürdiger Arbeit für Personal in der frühkindlichen Erziehung und Bildung ([ILO Policy Guidelines on the promotion of decent work for early childhood education personnel](#)) (2014) bieten Leitvorgaben für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz des Personals in der frühkindlichen Erziehung und Bildung, und gehen insbesondere auf Infektionskrankheiten ein, die für diese Berufsgruppe ein häufiges Risiko darstellen. Weitere Orientierungshilfen bietet das IAO-Handbuch für empfehlenswerte Verfahren im Personalwesen für den Lehrerberuf ([ILO Handbook of good human resource practices in the teaching profession](#)) (2012).³⁵

Die [Empfehlung \(Nr. 205\) betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz, 2017](#), bietet Leitlinien zur Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten und Berufsberatung in Bezug auf Krisensituationen infolge von Konflikten und Katastrophen. Sie fordert Zugang zu kostenloser, hochwertiger, öffentlicher Bildung in allen Krisen und Erholungsstadien, sowie Programme für eine zweite Chance für Lernende, deren Bildung unterbrochen wurde. Die Empfehlung fordert ferner, dass die Länder ein innerstaatliches Bildungs-, Ausbildungs-, Umschulungs- und Berufsberatungsprogramm aufstellen oder anpassen sollten, das den sich abzeichnenden Qualifikationsbedarf im Hinblick auf Erholung und Wiederaufbau bewertet und darauf reagiert, in Beratung mit den Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie unter voller Einbindung aller einschlägigen öffentlichen und privaten Akteure.

Auf Grundlage der internationalen Normen zu Lehrkräften stellt die IAO zusammen mit Partnern wie der UNESCO und der Teacher Task Force ([International Task Force on Teachers for Education 2030](#)) folgende Forderungen:

- Gehälter und Sozialleistungen für Lehrkräfte und sonstige Bildungsbeschäftigte sollten unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus während der Krise weiter gewährt werden;
- Lehrkräfte sollten während des Wechsels zum Fernunterricht angemessene Schulung und Unterstützung erhalten;
- wenn die Schüler in einigen Ländern wieder in die Schulen zurückkehren, sollte ein angemessener Arbeits- und Sozialschutz für Lehrkräfte und sonstige Bildungsbeschäftigte gewährleistet werden; und
- im sozialen Dialog zwischen Regierungen, Lehrerverbänden und privaten Schulanbietern sollten bildungspolitische Strategien als Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung konzipiert und umgesetzt werden, mit denen den Bedürfnissen der Lernenden und Lehrkräfte nach dem Prinzip der Chancengerechtigkeit Rechnung getragen und gut abgewogen wird zwischen der Notwendigkeit, einerseits leistungsorientiert zu arbeiten und andererseits für das Wohlergehen aller Beteiligten während dieser globalen Krise zu sorgen. Dem sozialen Dialog wird ferner in der Aufbauphase nach der Pandemie eine entscheidende Rolle zukommen, um Investitionen in die Bildung gemäß dem [SDG4-Bildung-2030-Aktionsrahmen](#) sicherzustellen.

Eine laufende Studie zur Digitalisierung und zum Lehrerberuf in fünf afrikanischen Ländern, die durch die GIZ (Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) finanziert wird, liefert Erkenntnisse zu der Frage, wie Fernunterricht in Entwicklungsländern funktionieren kann und wie die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie durch Technologie unterstützt werden können.

Die IAO beobachtet im Rahmen ihrer Arbeit zu Qualifikationen und Beschäftigungsfähigkeit, wie sich die Pandemie und die Schließung der Berufsbildungszentren auf die fachliche und berufliche Ausbildung und die Lehrlingsausbildung auswirkt, und wie Schüler von Fach- und Berufsfachschulen sowie Lehrlinge und deren Ausbilder mit dem

³⁵ Siehe: <https://www.ilo.org/education>.

raschen Wechsel zum Fernunterricht zurecht kommen.³⁶ Im Rahmen der Projekte der IAO gegen Kinderarbeit und zur Bildungsförderung werden die Auswirkungen der Schulschließungen auf Kinder beobachtet, die dem Risiko

von Kinderarbeit ausgesetzt sind, und in Zusammenarbeit mit den Schulsystemen die Qualität des Fernunterrichts gefördert.

³⁶ IAO: [Discussion: Continuing online learning and skills development in times of the COVID-19 crisis](#), 27. März - 17. April.

Kontaktangaben

Internationale Arbeitsorganisation
Route des Morillons 4
CH-1211 Genf 22
Schweiz

Hauptabteilung Sektorpolitiken
E-Mail: covidresponsesector@ilo.org